



INNERE SICHERHEIT

GdP lehnt City-Scouts ab

Die Stadt Trier will private Ordnungskräfte engagieren, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Zwei City-Scouts sollen im Stadtgebiet Streife gehen und „präventiv tätig werden“. Die GdP fürchtet um Bürgerrechte und fordert mehr Personal für die Polizei- und Kriminalinspektion.

Für 75 000 EUR im Jahr will die Stadt Trier zwei Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma ordern, die künftig in der Innenstadt sowie in Park- und Erholungsanlagen patrouillieren oder nachts an Brennpunkten eingesetzt werden. Sie folgt damit einem Stadtratsbeschluss, der von der CDU-Fraktion – nicht zuletzt mit Blick auf die Kommunalwahl am 13. Juni 2004 – als „Reaktion auf die zu geringe Einsatzstärke der Polizei

sowie die steigende Kriminalität“ initiiert wurde. Dem Bürger begegnen also demnächst auf der Straße Ordnungskräfte in drei verschiedenen Uniformen: Die in Sicherheitsfragen kompetenten Polizistinnen und Polizisten, die für Ordnungs- und Verwaltungsaufgaben zuständigen kommunalen Vollzugsbeamten und eben diese beiden „schwarzen Sheriffs“, die über keine hoheitlichen Befugnisse verfügen und im Bedarfsfall die Polizei rufen.

Neben den City-Scouts sollen nach dem CDU-Modell der „Freiwilligen Polizeireserve“ weitere Helfer in ihrer Freizeit Sicherheitsaufgaben ehrenamtlich erledigen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, viele Bürger beschleicht angesichts der Sicherheitslage ein ungutes Gefühl. Damit muss Poli-

tik ernsthaft umgehen. Das Trierer Schauprojekt mit vordergründig wahltaktischem Kalkül ist rausgeworfenes Geld und schadet den Sicherheitsbelangen der Bürgerinnen und Bürger. Denn die City-Scouts werden nicht nur ihre Uniform spazieren tragen, sondern Sicherheitsinteressen ihres Auftraggebers Geltung verschaffen – und das mangels Befugnissen sehr schnell in einer rechtlichen Grauzone unter Verletzung des Neutralitätsgrundsatzes bis hin zur Verletzung von Bürgerrechten.

Den Bürgerinnen und Bürgern von Trier wäre weit mehr geholfen, wenn ihre Stadträte und Bürgermeister den kommunalen Vollzugsdienst ausbauen und ihren Einfluss für mehr Personal bei der Trierer Polizei geltend machen würden. **TW**

KOMMENTAR



Wahr ist, dass es in Prüm, in der Westpfalz und anderswo Aktivitäten von Kommunen und besorgten Bürgern zum Schutz vor Kriminalität gab und gibt.

Trotzdem warne ich, elementare staatliche Aufgaben auszuhöhlen! Polizeiarbeit ist Aufgabe des Staates. Sie wird vom Bürger abgegolten durch Steuern. Freiwilligenheere und

private Sicherheitsdienste haben in diesem Aufgabenbereich nichts zu suchen. Der Staat untergräbt seine Legitimation selbst, wenn er neben der aus guten Gründen aus Steuermitteln finanzierten Polizei auch noch auf anderem Weg finanzierte Wachleute einsetzt. Der einzig richtige Weg ist die Besinnung auf das Gewaltmonopol des Staates: Innere Sicherheit darf nicht privatisiert werden! Die Polizei muss personell besser ausgestattet werden, das ist die Anforderung, der alle Verantwortlichen – besonders in der Landesregierung und im Landtag – mit Nachdruck Rechnung tragen müssen.

Dem Grundanliegen der CDU können wir gerne zustimmen: Die Polizei kann keine erfolgreiche Arbeit ohne die Unterstützung der Bevölkerung leisten. Immerhin wer-

den die weitaus meisten Fälle von der Bevölkerung an die Polizei herangetragen und die gute Aufklärungsquote gründet sich ebenso auf die erfolgreiche Kooperation.

Das Land hat gute Initiativen ergriffen. Sicherheitsmobile, Jugendverkehrsschulen, Kriminalprävention gerade auch an Schulen, Sicherheitspartnerschaften und Kriminalpräventive Räte sollen die Verzahnung und Verankerung der Bevölkerung mit „ihrer“ Polizei stärken. Nicht zuletzt tragen viele Polizistinnen und Polizisten im Streifen- und Bezirksdienst im Kontakt mit Bürgern, Vereinen und Gemeinderäten zu einem fruchtbaren Verhältnis bei.

Ergo: Privatpolizei ist der falsche Ansatz – wir brauchen mehr Personal, aber in der Polizei! Keine Bürgerwehr!
Euer Ernst Scharbach

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ INNERE SICHERHEIT

Die Stadt Trier will private Ordnungskräfte engagieren ...

Seite 1

■ KURZ UND KNACKIG

Die Polizei darf auch künftig ...

Seite 4

■ 40 JAHRE GdP

Franz Kirchberger geehrt ...

Seite 5

■ AUS DEM HPRP

Die Einigungsstelle schloss sich der Interpretation des HPRP zur „Härtefallregelung ...

Seite 6

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

GdP fordert: Einstellungszahlen erhöhen

Mit einer „faktisch verfügbaren personellen Mindeststärke von rund 9000 Polizeibeamtinnen und -beamten“ will die Landesregierung auf Dauer Sicherheit in Rheinland-Pfalz gewährleisten. Eine zu kurze Personaldecke, kritisiert die GdP. Gute Kriminalitätsbekämpfung und Sicherheitsvorsorge erfordern mehr Polizei.

Eigentlich besteht breiter Konsens über alle Parteigrenzen hinweg: Die Sicherheit der Bürger ist ein hohes Gut, das mit allen Mitteln geschützt werden muss. Allerdings gehen die Vorstellungen über Handlungsschwerpunkte weit auseinander. Die CDU-Opposition wirft der Regierung vor, es gebe zu wenig Polizei, tritt aber selbst für Sicherheitsplacebos wie eine freiwillige Bürgermiliz oder schwarze Sheriffs ein. Umgekehrt setzt die SPD/FDP-Regierung auf eine bürgernahe Polizeiarbeit, fährt aber angesichts leerer Kassen die Personalstärke der Polizei runter. Der Streit, über welche Stärke die Polizei im Land verfügen soll, wird jetzt erneut im Parlament ausgefochten werden. Die Basis

dafür liefert ein neuer Personalbericht des Innenministers zur Zukunft der Polizei.

Ohne Zweifel ist das Papier ein Fortschritt, denn es enthält eine saubere Auflistung von Parametern, an denen Plus und Minus der Personalentwicklung aufgerechnet werden können.

Einstellungsplanung Polizei

Zeit	Zahl
2004–2010	250
2011–2019	350
2020–2023	300
2024–2027	250

Nach dem Motto, Angriff ist die beste Verteidigung, räumt der Bericht gleich im Einstieg ein Festmachen der Polizeistärke an der tradierten Polizeidichte von 1 : 400 aus dem Weg. Das sei nicht differenziert genug und müsse durch Arbeitsbelastungsdaten ergänzt werden, argumentiert der Minister angesichts einer aktuellen Polizeidichte jenseits von 1:480. Seit 1991 sei die Personalstärke von 8622 auf 9433 im Jahr 1995 gestiegen und bis 2003 wieder auf 8825 gefallen. Durch den schon in Ausbildung stehenden Polizeinachwuchs werde 2006 wieder ein Stand von 9235 Polizistinnen und Polizisten erreicht.

Kurzinfos zu den weiteren Indikatoren:

■ Bei steigender Zahl von Frauen im Polizeidienst (derzeit 1203) steige die Inanspruchnahme von Teilzeit und Elternzeit, mittelfristig entstehe dadurch ein Personalausfall von ca. 300 Kräften.

■ Die Wohnbevölkerung im Land wird bis 2030 trotz Migration um rund 180 000 auf etwa 3,85 Mio. Menschen sinken und einem demographischen Alterungsprozess unterliegen. Im Gegenzug nehme der wachsende Einfluss von internationalen politischen, gesellschaftlichen und militäri-

schen Entwicklungen auf die Polizeiarbeit zu und ebenso könnten zunehmende Armut, Zuwanderung und Kriminalitätsrisiken durch die EU-Osterweiterung die Rechnung über den Haufen werfen, dass weniger Menschen auch weniger Polizeieinsatz erfordern.

■ Mit moderner Kommunikations- und Informationstechnik habe die Polizei eine spürbare Entlastung von administrativen Tätigkeiten erfahren. Weitere Entlastung mit spürbarer Wirkung auf den Personalstand sei aber nicht mehr zu erwarten.

■ Für fremdbestimmte Einsatzanforderungen könne nur schwer eine Personalstärke prognostiziert werden, aber Anhalt würden die Erfordernisse für eine Funktionsmindeststärke im Wechselschichtdienst und für eine gleichmäßige Auslastung bieten. Danach sei für den Wechselschichtdienst bei den Polizeipräsidien – so wie die GdP immer wieder aufgezeigt hat – ein zusätzlicher Personalbedarf von 400 Polizistinnen und Polizisten zu veranschlagen.

■ Nach wie vor sei es vorrangiges Ziel der Landesregierung, die Polizeipräsenz vor Ort zu verbessern und die sehr hohe Aufklärungsquote zu halten. Die polizeiliche Strafverfolgung wolle man weiter optimieren u. a. mit intensiverer Fahndung, Vernetzung der Bearbeitung von Kinder- und Jugendkriminalität in den Städten und stärkerer Kriminalitätsbearbeitung bei den Inspektionen vor Ort.

■ Letztlich wird aufgezeigt, dass durch die Verlängerung für die Lebensarbeitszeit der Polizei und durch den mittelfristigen Wegfall der ASA deutlich mehr Personal für die operativen Dienste zur Verfügung stehe, aber wachsende Pensionierungszahlen eine steigende Zahl an Einstellungen notwendig machen (siehe Tabelle). Schlussfolgerung des Innenministers: Bei einer unveränderten Organisationsstruktur und einer gleich bleibenden Aufgabenstellung der Polizei sieht die Landesregierung nach sorgfältiger Analyse aller heute

überschaubarer personalrelevanter Einflüsse die Einschätzung des Landtages bestätigt, dass eine „faktisch verfügbare personelle Mindeststärke von rund 9000 Polizistinnen und Polizisten langfristig zu halten ist“.

Ohne Zweifel nutzt der Personalbericht für die politische Diskussion. Wer seine Position zur Personalstärke der Polizei begründen will, verfügt jetzt über einen guten Fundus an Daten und Argumenten. Der lässt allerdings je nach Gusto eine Spannweite für die Festlegung des künftigen Personalbedarfes der Polizei zu, die statt eines Mindestbedarfes von 9000 genauso auch 10 000 Polizistinnen und Polizisten als richtige Planungsgröße erfasst. Für die GdP steht auf jeden Fall fest: Die heutige Personaldecke ist deutlich zu kurz. Mangels Personal in den Schichten, Kommissariaten und Einsatzzügen müssen Jahr für Jahr Hunderttausende von Überstunden gefahren werden und letztlich wird die Personalknappheit auf Kosten der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen. Trotz enger Kassen, wir brauchen mehr Personal. Wer erstklassige Sicherheitsarbeit in Rheinland-Pfalz will, muss dafür sorgen, dass Polizistinnen und Polizisten vor Ort in solcher Zahl zur Verfügung stehen, wie es Aufgaben und Funktion der Inspektionen erfordern. 10 000 Polizistinnen und Polizisten sind die Messlatte, an der sich eine optimierte Personalplanung auszurichten hat. Und es muss schnell gehandelt werden. Im Mai sollen nämlich nach der aktuellen Etatvorgabe des Landtages nur 200 neue Polizeianwärter und -anwärterinnen ihre Ausbildung bei der FH der Polizei auf dem Hahn aufnehmen. 50 mehr fordert aber schon der jetzt vorliegende Bericht des Innenministers und die GdP will gesichert sehen, dass alle frei gewordenen Plätze aus dem letzten Ausbildungsjahrgang zusätzlich ersetzt, also tatsächlich 270–280 Einstellungen realisiert werden. **TW**



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470

BEIHILFE

Beck: Keine weiteren Einschnitte!

Die Landesregierung plant keine weiteren Einsparmaßnahmen bei den Beihilfen im Gesundheitsbereich. Das versichert Ministerpräsident Kurt Beck der GdP. Mit der Kostendämpfungspauschale und dem Eigenbeitrag für Wahlleistungen stünden Beamte und Pensionäre bereits in Vorleistung.

Verwirrung pur vor allem bei den pensionierten Kolleginnen und Kollegen, denn in allen Medien wurde in den letzten Wochen von erheblichen Einschnitten bei den Beihilfen analog den Leistungseinschränkungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung nach der Gesundheitsreform berichtet. Die Ankündigung kam allerdings aus dem

Bundesinnenministerium und gilt nur für das Beihilferecht des Bundes und einzelner Länder, nicht aber für Rheinland-Pfalz.

Die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten und Ruheständler sind davon nicht erfasst. Das Land regelt in einer eigenen Verordnung die Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen. Weitere Zuzahlungen für Arznei- und Heilmittel, Leistungsaussschlüsse oder Praxisgebühren, wie sie aktuell in das Bundesbeihilferecht übertragen werden, will die Landesregierung nicht nachvollziehen.

In einem Schreiben an den GdP-Landesvorsitzenden Ernst Scharbach begründet Ministerpräsident Kurt Beck die Ent-

scheidung mit den bereits im letzten Jahr veranlassten Zuzahlungen: „Vor dem Hintergrund der bereits zum 1. 1. 2003 in Rheinland-Pfalz eingeführten Kostendämpfungspauschale und des Eigenbetrages zum Erhalt der Beihilfefähigkeit von Wahlleistungen in Höhe von 13,00 € pro Monat beabsichtigt die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht, die beschlossenen Leistungseinschränkungen im Beihilfebereich nachzuvollziehen. Wie sich jetzt zeigt, hat die Landesregierung bei der Novellierung der Beihilfenverordnung zum 1. 1. 2003 im Hinblick auf die Kostensteigerungen im Beihilfebereich vorausschauend und angemessen gehandelt.“

Die Eigenbeteiligung der Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz an den Beihilfeleistungen beinhaltet eine soziale Staffelung nach Besoldungsgruppen und kann mit geringem Verwaltungsaufwand umgesetzt werden. Als eine weitere soziale Komponente ist geregelt, dass für jedes berücksichtigungsfähige Kind ein Abzugsbeitrag in Höhe von 40,00 € zur Anwendung kommt. Des Weiteren entfällt die Erhebung der Kostendämpfungspauschale bei Aufwendungen für Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und zur Früherkennung von Krankheiten. Es ist mir wichtig, Ihnen die vorstehende Auffassung der Landesregierung zum Beihilferecht frühzeitig mitzuteilen und Ihnen auch zu versichern, dass weitere Einsparungsmaßnahmen in diesem Bereich von der Landesregierung nicht geplant sind.“ **TW**

KRANKENKASSENBEITRÄGE

Widerspruch einlegen

Rentner mit zusätzlicher Altersversorgung und Pensionäre, die Mitglied der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind, müssen seit Jahresbeginn erhebliche Aufschläge auf ihre Krankenversicherungsbeiträge zahlen. Die GdP rät: Widerspruch einlegen.

Für den „Normal-Rentner“ bleibt die Zusatzbelastung aus der von Regierung und Union gemeinsam beschlossenen Gesundheitsreform in Grenzen. Er muss zum 1. 4. 2004 statt dem halben nun den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung leisten, weil die Zuzahlung aus der Krankenversicherung der Rentner gestrichen wurde. Aktuell werden die höheren Monatszahlungen bei 11 bis 12 EUR liegen.

Weit kräftiger wird den Rentnern mit Zusatzversorgung, den Pensionären sowie den Witwen und Waisen in die Tasche gegriffen, wenn sie Mitglied der GKV sind. Sie müssen nämlich seit Jahresbeginn für ihre Zusatzversorgung oder ihre Pension nicht wie bisher den halben, sondern den vollen Kassenbeitrag bezahlen.

Das sind je nach Fall gleich 130 EUR mehr pro Monat. Die unterschiedliche Beitragslast für freiwillig Versicherte und Pflichtversicherte in der GKV war vom Bundesverfassungsgericht in sei-

nem Beschluss vom 15. 3. 2000 als überholt und verfassungswidrig eingestuft worden. Dem Gesetzgeber hatte das Gericht die Alternative aufgezeigt, die unterschiedliche beitragsrechtliche

Belastung der Versorgungsbezüge bei einer Neuregelung anzugehen.

Dennoch gibt es eine Reihe damit verbundener Rechtsfragen, die eine verfassungsrechtliche Prüfung der seit Jahresbeginn geltenden Regelung für die Beiträge an die GKV angezeigt erscheinen lassen. Gewerkschaften und Sozialverbände werden Musterklagen beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Die GdP empfiehlt den Betroffenen, bei ihrer Krankenversicherung Widerspruch gegen die Neueinstufung der Beiträge einzulegen.

Zu richten ist der Widerspruch an die Krankenkasse, nicht an die OFD. Von dort werden die Beiträge nämlich nur für die GKV eingezogen, der Bescheid selbst wird von der Krankenkasse veranlasst. **TW**

Muster für Widerspruch

An die (Gesetzliche Krankenversicherung)

Erhebung von Krankenversicherungsbeiträgen

Hiermit lege ich Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom ein. Ich beantrage, die ab dem 1. 1. 2004 von meiner Zusatzversorgung im Öffentlichen Dienst (Rentner)/von meiner Altersversorgung nach Beamtenversorgungsgesetz (Pensionäre, Witwen, Waisen) einbehaltenen Beiträge zur Krankenversicherung zurück zu erstatten, soweit diese den halben Beitragssatz übersteigen. Außerdem beantrage ich, künftig nur noch die Beiträge auf Basis des halben Beitragssatzes – gemäß den bis 2003 geltenden Regelungen – von mir zu erheben.

Ich bitte Sie, den Widerspruch nicht zu entscheiden und das Widerspruchsverfahren ruhen zu lassen, bis entsprechende Musterprozesse obergerichtlich entschieden sind.

Sollten Sie Ihre bisherige Benachrichtigung nicht als Bescheid werten, beantrage ich hiermit hilfsweise die Erteilung eines rechtsmittelfähigen Bescheides.

(Unterschrift)

Anzeige

TAUSCHPARTNERSUCHE
 PK z.A. Roland Kops aus NI (PD Hannover – PI Süd) sucht Tauschpartner aus RP (PP Koblenz/PP Trier)
 ☎ (05 11) 1 09-37 61 (dstl.)
 ☎ (0 50 85) 97 16 64
 ☎ 01 74/9 66 20 59

Wirklich gute Arbeit

Die Bereitschaftspolizei ist als Sicherheitspartner der Polizeipräsidien akzeptiert. Es muss aber bei den anstehenden Entscheidungen über Personalentwicklung und Arbeitsabläufen der Bereitschaftspolizei sehr genau darauf geachtet werden, dass die hohe Einsatzfähigkeit gewahrt bleibt. Das ist das Fazit aus einem interessanten Bepo-Forum 2004 der GdP.

Aus allen Standorten waren Kolleginnen und Kollegen nach Mainz gekommen, um mit Politikern, Führungskräften der Polizei und Gewerkschaftsvertretern über Einsatzlagen, Personalentwicklung und Organisationsfra-

Bereitschaftspolizei versetzt und dort für zwei Jahre eingesetzt werden. Unbedingt gelte es, die Einsatzfähigkeit der Hundertschaften zu sichern. Dies bedinge eine gesunde Mischung von Jungen mit einsatzerfahrenen Polizistinnen und Polizisten. Damit könnten auch soziale Verwerfungen eingedämmt werden.

gen der Bereitschaftspolizei. Er kritisierte die in allen operativen



Bepo-Chef Lothar Funk nahm viel Anerkennung für seine Dienststelle entgegen.



Staatssekretär Karl Peter Bruch will für eine leistungsstarke Bereitschaftspolizei sorgen.

gen zu diskutieren. Zum Einstieg des Forums stellte der Leiter der Bereitschaftspolizei Lothar Funk anschaulich dar, dass sich nach der Reform der Bereitschaftspolizei die Einsatzeffektivität deutlich verbessert hat. Die Gesamtzahl der Einsatzstunden konnte nahezu verdoppelt werden, bei der Unterstützung für andere Länder liegt Rheinland-Pfalz mit der Zahl der Einsätze im oberen Drittel. Das Rotationsverfahren habe sich erstklassig bewährt. Erhebliche Probleme werfe der künftige Personalzugang auf. Das gelte sowohl für Ausbildungs- und Unterbringungsfragen wie für sta-

tsrechtliche Regelungen. Für den Trierer Polizeipräsidenten Dr. Manfred Bitter ist die Statusfrage kein Dogma: „Wenn die jungen Kolleginnen und Kollegen zur Bereitschaftspolizei versetzt und nach zwei Jahren wieder zu uns zurück kommen, gibt es keine Probleme.“ An einer guten Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei hätten auch die Präsidien ein hohes Interesse.

Auch GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach lobte die hervorragenden Einsatzleistun-

Einheiten bestehende Personalknappheit und forderte 10.000 Polizistinnen und Polizisten für Rheinland-Pfalz.

In der engagierten Diskussion kritisierten Einheitsführer der Bereitschaftspolizei, dass in den Polizeipräsidien inzwischen über 400 Beamtinnen und Beamten als MEG aufgestellt werden, während fachlich für diese Aufgabe gut ausgebildetes Personal die dadurch entstehenden Lücken in den Schichten schließen soll.

Thomas Will, der das Forum moderierte, hatte Staatssekretär Karl Peter Bruch während der Debatte mit der Frage konfrontiert, ob zusätzliche Einstellungen die Beförderungen zum 18.



GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach forderte mehr Personal und Polizeipräsident Dr. Manfred Bitter versprach eine enge Kooperation der Präsidien.

Mai in Frage stellen würden. Staatssekretär Bruch: „Mehreinstellungen werden geprüft, aber das hat auf das Beförderungsbudget keinen Einfluss.“ **TW**

Polizeikontrollen erlaubt

Die Polizei darf auch künftig zur Sicherheitsvorsorge und zur Bekämpfung von Kriminalität Kontrollen durchführen. Darauf wies die GdP in der Presse hin. Das war notwendig, weil durch missverständliche Veröffentlichungen in der Diskussion um das Polizei- und Ordnungsbekämpfungsgesetz (POG) der Eindruck entstanden war, das Anhalten von Fahrzeugen und die Kontrolle von Personen durch die Polizei seien illegal. Strafprozess- und Straßenverkehrsrecht haben sich überhaupt nicht verändert. Im neuen POG gibt es darüber hinaus ein praxisnahes Anhalte- und Kontrollrecht bei einer abstrakten Gefahrenlage, wenn beispielsweise in einer Region gehäuft Einbruchsdiebstähle vorkommen.

Erfrischungszuschlag

Bei Einsätzen und Übungen zahlt das Land an die eingesetzten Kräfte einen Erfrischungszuschlag. Der betrug seit 1985 nur 2 DM. Jetzt wurde er auf 2 EUR angehoben.

Azubi bei ZPT erfolgreich

Polizei bildet nicht nur Polizisten aus. Bei der Zentralstelle für Polizeitechnik (ZPT) konnte jetzt Sebastian Brandt nach dreijähriger Ausbildung seinen Abschluss als „Fachinformatiker Anwendungsentwicklung“ feiern. Im Sommer schließt der nächste Azubi ab, so dass ab 1. August wieder zwei Ausbildungsplätze bei der ZPT angeboten werden.

Geld statt Haft

Aufeinander abgestimmte Regelungen für das Tätigwerden von Polizei und Justiz bei der Erledigung von Vollstreckungshaftbefehlen haben Innen- und Justizministerium im gemeinsamen Rundschreiben vom 15. 12. 2003 (MinBl. 2004, S. 6) veröffentlicht. Mit einer Woche Vorlauf erhalten Personen, gegen die ein Vollstreckungshaftbefehl vorliegt, schriftlich und im Einzelfall auch telefonisch die „Verhaftungsankündigung. Danach wird vollstreckt. Auch dann kann der säumige Zahler die Verhaftung noch abwenden, indem er die Geldstrafe und Geldbuße entrichtet. Bargeld darf in dem Fall auch die Polizei annehmen, wenn dies zeitersparender oder weniger aufwändig ist als die Begleitung zur Bank oder Post.

40 JAHRE GEWERKSCHAFTSZUGEHÖRIGKEIT

Franz Kirchberger geehrt



Polizeipräsident Franz Kirchberger (2. v. r.) wird von GdP-Sekretär Thomas Will für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft geehrt. Zu den ersten Gratulanten zählten GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Horst Vinhoven (hinten) und Kreisgruppenvorsitzender Burkhard Busch

Dank und besondere Anerkennung der GdP für Franz Kirchberger. Der Mainzer Polizeipräsident wurde beim Delegiertentag seiner Mainzer Bezirksgruppe für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft mit Ehrennadel und Urkunde geehrt.

Nach Schule und Praktikum war er im Oktober 1963 in den

Polizeidienst eingetreten und zur gleichen Zeit Mitglied der GdP geworden. Inzwischen blickt er auf ein bewegtes Berufsleben zurück, wofür allein schon zwölf durchlaufene Dienstgrade vom Polizeiwachmeister bis zum Polizeipräsidenten Zeugnis sind. Er sei nicht immer mit allem einverstanden gewesen, betonte Kirchberger in seiner Dankrede, aber es war ihm immer auch im gesellschaftlichen Verständnis wichtig, Mitglied dieser Gewerkschaft der Polizei zu sein. **TW**

LESERBRIEFE

Schutz auch bei Vorwurf von Vorsatz

Mit diesem Brief möchte ich mich einmal bedanken!

Bedanken bei den Kollegen, die sich in der Gewerkschaft und oftmals in Personalunion auch den Personalräten für unsere Belange einsetzen und diese nach Außen hin vertreten. Ich habe für mich persönlich die Erfahrung machen dürfen, wie unermüdlich sich einige der Kollegen hier zum Wohle der anderen einsetzen, selbst wenn dies mitunter ihren persönlichen Interessen zuwiderläuft, mitunter sogar mit nicht unerheblichen persönlichen Einschränkungen und Ärgernissen verbunden ist. Ich wähle hierfür ganz bewusst einen Zeitpunkt, in dem gerade diese Kollegen oftmals im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Unter anderem, weil ihnen vorgeworfen wird, für die aktuell erfahrenen Kürzungen bei der Sonderzulage und dem Urlaubsgeld mitverantwortlich zu sein. Gleichmaßen aber auch für die Erhöhungen bei der Lebens- und Wochenarbeitszeit. Vielfach lautet der Vorwurf, die Kollegen hätten einfach nicht genug getan. Nicht selten wird dies mit dem Gewerkschaftsaustritt sanktioniert. Ich hatte, ohne selbst in Gewerkschaft oder Personalrat tätig zu sein, einigen Kontakt zu den dort tätigen Kollegen. Ich möchte zumindest für die mir bekannten Aktiven den erhobenen Vorwürfen widersprechen und ihnen gleichermaßen mein Vertrauen als auch meinen Dank für die geleis-

tete Arbeit aussprechen. Für nicht wenige wird das erfahrene Maß der Kritik einem Schlag mitten ins Gesicht gleichgekommen sein. Dies bedeutet damit nicht gleichermaßen, dass ich mich mit den gewerkschaftlichen Forderungen oder aber auch der Form der Auseinandersetzung in allen Einzelheiten identifiziere. Hier gäbe es sicherlich einige Punkte, welche einer konstruktiven Aufarbeitung bedürfen. Einer konstruktiven Aufarbeitung, aber nicht der Resignation durch den Austritt, durch welchen wir mit Sicherheit die Wahrnehmung unserer eigenen Interessen dauerhaft gefährden würden. Man will uns doch nicht von ungefähr an den Geldbeutel und uns zugleich mit Mehrarbeit belasten, ob das nun ökonomisch sinnvoll ist oder nicht. Sie ist Realität, die geradezu erschreckende Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen Haushalten, ungeachtet der hierfür verantwortlichen Umstände. Und je größer dieses Loch wird, desto verbissener wird sich jeder seine Ansprüche zu sichern suchen, die aus eben diesen Haushalten bestritten werden. Und damit wären auch weitere Einschnitte, die diesmal noch abgewehrt wurden, vorprogrammiert. Für nicht wenige von uns wird zum Beispiel das Wort „Öffnungsklausel“ ein ganz heißer Favorit für das Unwort des Jahres 2003 gewesen sein. Aus diesen Gründen kann die Antwort nur

eine sein: Geschlossenheit und der Wille, seine Ansprüche auch nach Außen zu vertreten. Um gegenüber denen, die das entschlossener fertig bringen oder einfach die bessere Lobby haben, nicht zu unterliegen. Wer gar der Meinung ist, durch das mit dem Gewerkschaftsaustritt verbundene Einsparen der Gewerkschaftsbeiträge, für sich persönlich die finanziellen Verluste der letzten Kürzungen zumindest teilweise auffangen zu können, sollte vielleicht noch einmal gründlich überdenken, ob er seinen Entschluss tatsächlich ausreichend geprüft und nicht vielleicht doch etwas kurzsichtig und in der Wirksamkeit auch sehr kurzfristig gefasst hat. Ich möchte mich aber für noch etwas bedanken. Für etwas, das zumindest gedanklich nicht primär mit einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verbunden wird, gleichmaßen jedoch eine ganz erhebliche Rolle spielen kann. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz! Unser Beruf stellt uns nicht nur selten vor besondere Schwierigkeiten und birgt erhebliche Gefahren für Leib und Leben, sondern er bringt uns auch immer wieder in Situationen, in welchen unsere Entscheidungen und unser Handeln in hohem Maße fehlerimmanent sind. Wir setzen uns dadurch in unserem täglichen Dienst nicht nur dem besonderen Risiko einer körperlichen Verletzung, sondern auch dem einer strafrechtlichen Verfolgung

aus. Und da es sich bei den allermeisten der gegen uns als Polizisten gerichteten Vorwürfe um reine Vorsatzdelikte handelt, ist Rechtsschutz von anderer Seite kaum zu erreichen. Und hierin erweist sich die Gewerkschaft als wirkliche Solidargemeinschaft. Eine Solidargemeinschaft, die gleichermaßen von ihren Mitgliedern, also von euch, getragen wird, wie sie auch von ihnen abhängig ist. Und damit sorgt ihr mit eurer Mitgliedschaft auch dafür, dass denjenigen unter uns geholfen werden kann, die aufgrund von Fehlern im Zusammenhang mit ihrer Dienstverrichtung sprichwörtlich bis zum Hals in der Scheiße stecken. Und das sind offensichtlich nicht gerade wenige. Quer durch alle Ränge, wengleich auch hier das größte Risiko bei den Kollegen „auf der Straße“ liegen mag. Auch ich musste nach über zwanzig Dienstjahren diese Hilfe in Anspruch nehmen und kann daher leider nur zu gut einschätzen, wie wichtig sie ist. Ich möchte daher mit dem andauernden Fortbestand meiner Mitgliedschaft auch zukünftig meinen Beitrag dazu leisten, dass derartige Hilfe weiterhin möglich bleibt. Auch wenn ich niemandem von euch wünsche, dass er diese Form der Solidargemeinschaft tatsächlich einmal für sich in Anspruch nehmen muss. Angesichts der teilweise bitteren Realität, wohl eher ein sehr frommer Wunsch.

Thomas Beher, Dörrscheid

Einigungsstelle für „Härtefall“

Die Einigungsstelle schloss sich der Interpretation des HPRP zur „Härtefallregelung“ im Sinne des § 208 LBG an (s. DP 2/04). Der Kollege war 24 Jahre und 3 Tage im Wechselschichtdienst und musste aus gravierenden gesundheitlichen Gründen in den Tagesdienst wechseln. Das ISM prüft nun, ob der Fall nun dem Finanzministerium zur Entscheidung vorgelegt wird. Eines der Hauptargumente: Wegen der sehr kurzen Übergangszeiten hatte der Kollege keine Möglichkeit mehr, auf die geänderte Gesetzeslage zu reagieren.

Die Schwerpunkte der Zielvereinbarungen aus den Jahren

2000 bis 2003 wurden auch für 2004 bis 2006 beibehalten. Die Erfahrungen der Behörden und Einrichtungen seien bei der Neuformulierung berücksichtigt worden.

Im Vorgriff auf eine Änderung der LbVOPol werden künftig bei Anstellung und Beförderung familienbedingte Verzögerungszeiten berücksichtigt. Die Frauengruppe der GdP hatte sich für die Verbesserung stark gemacht.

Die VV „Einsätze und Übungen der Polizei“ soll in verbesserter Form in Kraft gesetzt werden. Die Anordnungs-kompetenz soll auf die Behörden und Einrichtungen übertragen werden,

Einsatzverpflegung kann durch die Präsidien eigenverantwortlich beschafft werden. Der seit 1985 auf 2 DM festgelegte Erfrischungszuschlag soll auf 2 € angehoben werden. Die endgültige Beschlussfassung des HPRP über die VV erfolgt allerdings erst im März – nach der Anhörung der Personalräte vor Ort.

Die mündlichen Prüfungen des 25. Studiengangs der FH finden vom 19. bis 21. April statt.

Die Erstellung der landesweiten Liste für den ASA wird modernisiert. Die Daten werden von den Behörden künftig dezentral eingegeben und zentral bei der Schule ausgewertet. Die Mit-

teilung über die Zulassung zur ASA soll dadurch erheblich beschleunigt werden.

Vor- und Nachteile von „Bedarfwirtschaft“ und „Kon-tentwirtschaft“ sollen in einer Arbeitsgruppe geprüft werden. Unabhängig hiervon werden mit Blick auf die Einsatzlagen die Prioritäten in der Beschaffung im Jahr 2003 zu Gunsten der Einsatzbekleidung verändert. Hemden und Socken werden reduziert, die Ersatzbeschaffung von Sportbekleidung soll zeitweilig ausgesetzt werden.

Das ISM bemüht sich im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens um zusätzliche finanzielle Mittel.

**Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel
(Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)**

AUSSTELLUNG

In der GdP-Geschäftsstelle in Mainz ist derzeit eine Ausstellung mit Werken unseres Kollegen Hubert Rost zu bewundern.

Der 1948 in Speyer geborene und in Mutterstadt wohnende Hubert Rost entschied sich 1969 gegen das ursprünglich anvisierte Kunst- und Geschichtsstudium und für den Polizeiberuf. Er führt heute als Polizeidirektor die Verkehrsdirektion des Polizeipräsidiums Rheinpfalz mit Sitz in Schifferstadt.

1970 begann der absolute Autodidakt mit dem Malen harter surrealer Ölgemälde. In den Jahren 1983 bis 1986 versuchte er impressionistische Maltechnik, expressionistische Farben und surreale Aussagen in meist großformatigen Ölbildern in Einklang zu bringen. Diese Entwicklung endete mit der Ausstellung „Bedrohung“, welche 1986 in der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz in Neustadt stattfand.

Seitdem malte er abstrahierte Themen in Acryl und naturbezogene, realistische Aquarelle. Die Rückkehr zur Ölmalerei und eine teilweise weitere Hinwendung zur Abstraktion erfolgte mit Beginn des Jahres 2000, die Aquarellmalerei hat er dabei aber nicht

vernachlässigt. Einzel- und Gruppenausstellungen erfolgten bislang in Wittlich, Otterberg, Trier, Neustadt/Wstr., Bobenheim-Roxheim, Freinsheim, Fußgönheim

Zusammen mit dem Künstlerkreis „POLART“ beim Polizeipräsidium Rheinpfalz, für den er sich bis Mitte 2001 stark engagierte, stellte er in Ludwigshafen,



Hubert Rost mit einem seiner Bilder

und Mutterstadt, in den letzten beiden Orten zusammen mit den Mutterstadter Malern Prof. Dr. Klaus Freundt und Michael Kunz.

Seine letzte große Ausstellung führte er zusammen mit der Ludwigshafener Malerin Karola Leonhardt im November 2003 in Mutterstadt durch.

Nordhausen, Mainz, der Landespolizeischule Hahn, Fußgönheim, Freinsheim, Landau und selbstverständlich auch in seiner Heimatgemeinde Mutterstadt aus.

Sein Themenbild „Nacht-Gedanken“ für die Ausstellung „Drei Mutterstadter Künstler“ des Jahres 2000 befindet sich im Besitz der Gemeinde Mutterstadt.

Für seine Ausstellung in der GdP-Geschäftsstelle hat er 14 Gemälde ausgewählt, die insbesondere sein Schaffen aus den letzten drei Jahren repräsentieren.

Die Ausstellung ist noch bis zum 5. März zu besichtigen. red

Anzeige

PK aus Hessen sucht aus dringenden familiären Gründen
Tauschpartnerin/Tauschpartner
aus Rheinland-Pfalz.
Zuschriften unter VDP/AV
61 0945-1, Pf. 309, 40703 Hilden

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 23

Folgen Sie Ihrem Gefühl. Ihr Verstand ist schon da.

Der erste Diesel von Jaguar. Durchzugsstarker 2-Liter-Motor. Moderne Common-Rail-Technologie. Ein Drehmoment bis zu 350 Nm. Verbrauch nur 5,6 l.* 3-Jahres-Garantie ohne Kilometerbegrenzung.

Der Jaguar X-TYPE Diesel



www.jaguar.de

Überzeugen Sie sich selbst:



Für diese und weitere Neufahrzeuge erhalten unsere GdP-Mitglieder

super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31/9 60 09-31

<http://www.psw-rp.de> psw-rp@gdp-online.de



Neuer Vorsitzender

Die Kreisgruppe Bepo Wengerohr hat einen neuen Vorsitzenden in der Bezirksgruppe kümmern wird. Die Wahlen zum KG-



V. r. n. l.: die Koll. Axel Krämer, Achim Oehling und Helmut Knerr

zenden: Axel Krämer übernahm das „Staffelholz“ von Achim Oehling, der sich stärker um Auf-

Vorstand bei der Mitgliederversammlung am 15. 1. 2004 brachten folgendes Ergebnis:

Vorsitzender: **Axel Krämer**, Stellvertreter: **Kollege Frank Georg**, Kassierer: **Ferdinand Reuter**, Schriftführer: **Michael Schuckart**, alle von der 21. BPH/E, Beisitzer: **Peter Hoffmann**, ZAFSt, **Jürgen Teusch** von der 4. SE/PS, **Achim Meurer**, Pol-HuSt.

Bei den Vertrauensleuten wurde **Marko Nenzo**, 21. BPH/E, nachgewählt.

Kassenprüfer: **Andreas Herber**, StB/3/P, **Wolfgang Schwind**, 21. BPH/E.

Zu Delegierten für die Bezirksgruppenkonferenz wurden **Frank Georg**, **Jürgen Teusch**, **Klaus Lui** und **Achim Oehling** gewählt. Helmut Knerr informierte über aktuelle Entwicklungen in der Bereitschaftspolizei und auf Landesebene, die ausführlich diskutiert wurden.

Achim Oehling

Bezirksgruppe Westpfalz, Seniorenversammlung
4. März, 15.00 Uhr,
in Kaiserslautern, SG Eintracht, Entersweiler Str.

Geplant ist u. a. die Wahl eines Vorstandes der Seniorengruppe. Heinz Blatt, Landes- und Bundesvorsitzender der Senioren, wird über interessante Neuigkeiten berichten, außerdem wird über die Möglichkeit von betreutem Reisen informiert.

Alle Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppen Polizeipräsidium Westpfalz und der Polizeidirektionen Kaiserslautern und Pirmasens sind herzlich eingeladen!

Weitere Infos unter
 06 31/3 69 23 13

Anzeige

KREISGRUPPE PD NEUSTADT

Ebenfalls neu gewählt wurde bei der Jahreshauptversammlung der KG PD Neustadt:

Vorsitz: **Udo Fremgen**; Vertreter: **Rüdiger Topp**, **Michael Nothof**, **Heinz Schaumberger**; Kassierer: **Hans Düngelmanns**,

Günter Schuster; Schriftführer: **Natalie Braunholz-Reichel**; Vertreter: **Heinz Schaumberger** in Personalunion; Beisitzer Beamte: **Christian Batz**, **Peter Wenz**, **Joaquim Mitrücker**, **Manfred Husch**, **Jürgen Scheweiler-Würzburger**;

Beisitzer Angestellte: **Elke Rullmann**, **Eleonore Emmert**, **Melanie Zeitler**; Pensionäre: **Willi Jausel**, **Heiner Hantz**, **Werner Schmiegel**; Vertrauensleute: **Wolfgang Herber**; Kassenprüfer: **Heinz Hussy**, **Frank Klieber.** *red*

Neues Auto?

Günstige Konditionen beim

Polizeisozialwerk
 Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31

Anzeige

Sie haben Fragen zur Versorgungsänderung für Beamte und Tarifbeschäftigte oder zu Versicherungen?

Wir haben jeden Dienstag

von 10.00–13.00 Uhr

unsere Hotline für Sie geschaltet.

Rufen Sie einfach an:

Tel.: 0 61 31/9 60 09 50

WIR TRAUERN UM

Helmut Pfefferkorn, PD Neuw.-Altenkirchen, 83 Jahre
 Fritz Bake, PP/PD Mainz, 81 Jahre
 Alfred Kolb, Ww/Rhein-Lahn, 85 Jahre
 Josef Thomé, Ww/Rhein-Lahn, 84 Jahre
 Christine Gudat, Südpfalz, 52 Jahre
 Oskar Röder, Bepo Mainz, 89 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.